

Umwelt- und agrarpolitische Erwartungshaltung der Verbände:

„Das letzte Jahr der 6. Legislatur nutzen, Stillstand beenden, Kulturlandschaft entwickeln!“

Mit der ersten Sitzung des „Agrar- und Umweltausschusses“ nach der Sommerpause an diesem Mittwoch beginnt gleichzeitig das letzte politische Jahr in der sechsten Legislaturperiode des Landtages. Nach den eher bescheidenen vier Jahren zuvor muss dieses Jahr konsequent genutzt werden. Auch wenn keine tiefgreifenden neuen und teilweise dringend notwendigen Projekte mehr angeschoben werden, so muss Brandenburg doch wenigsten den „umwelt- und agrarpolitischen Stillstand“ überwinden!

Folgende teilweise begonnene Projekte müssen daher noch in diesem Jahr umgesetzt werden:

1. Das auch in Brandenburg bestehende Schutzgebietsnetz „NATURA 2000“ muss zum Erfolg geführt werden. Die rechtlich fragwürdige und fachlich katastrophale Umsetzung durch die Umweltverwaltung gilt es zu überwinden. Die Verbände fordern eine Befassung des Umweltausschusses mit den bestehenden Mängellisten zu FFH und NATURA 2000!
2. Umsetzung des Maßnahmenpaketes Dürrehilfe, bei dem der durch die Landesregierung formulierte Anspruch zur Wirklichkeit entwickelt werden muss!
3. Die Rückkehr des Wolfes bedarf einer Stärkung der Weidetierhaltung in Brandenburg. Das Wolfsmanagement gilt es weiterzuentwickeln. Der „Acht-Punkte-Plan“ der Verbände ist umzusetzen.
4. Bei der Umsetzung des Gesetzes zur „Forstreform“ erwarten die Verbände im Rahmen ihrer Stellungnahme eine umfassende Befassung des Parlamentes die dazu führt, dass neben den rein administrativen Fragen die zu klärende zukünftige Finanzierung der forstlichen Verwaltung sichergestellt wird. Dabei sind insbesondere die bislang gänzlich unklaren Fragen rund um den Waldschutz zu klären!
5. Das „Brandenburgische Jagdgesetz“ ist einer kleinen Novelle zu unterziehen. Die Verbände haben dazu drei Vorschläge unterbreitet, die auf Basis maximaler Konsensfähigkeit sofort umgesetzt werden können. Gleichzeitig erwarten die Verbände im Rahmen der durch die Landesregierung angekündigten „Zukunftswerkstatt Jagd Brandenburg“ einen offenen Dialog, der nach Jahren der Stagnation in einer Förderung des Jagdwesens in Brandenburg mündet.
6. Die Novelle des Wassergesetzes muss stringent weiterverfolgt werden. Dabei sind die dringend notwendigen Rechtsverordnungen zur Beitragsdifferenzierung und zur Befahrbarkeit der Gewässer mit E-Motoren im Sinne der Beschlüsse des Landtages umzusetzen.

Potsdam, 03.09.2018